DIE NEUE SÜDTIROLER Tageszeitung

Tiratura: 15.000 | **Diffusione:** 203.000
Data: 30/11/2024 | **Pagina:** 4
Categoria: Svp

Das Schweigen der Lämmer

Die **Opposition** hat die **Einfrierung der Hausfrauenrenten** widerstandslos hingenommen. Nun versuchen Grüne, Team K und Co., ihren „Fehler“ **nachträglich** zu **korrigieren**.

von Matthias Kofler

Eines kann man der politischen Minderheit nicht vorwerfen: Sie haben den Artikel im regionalen Nachtragshaushalt, der die automatische Inflationsanpassung der Hausfrauenrente sowie die ergänzende Zahlung bis zur Erreichung des Mindestbetrags streicht, nicht mitgetragen. Doch das ist nur die halbe Wahrheit: Die Oppositionsvertreter haben auch keinen nennenswerten Widerstand gegen diese brisante Maßnahme geleistet – weil sie zum Zeitpunkt der Verabschiedung schlichtweg nicht mehr im Plenarsaal waren. Es war Mitte Juli, kurz nach Mitternacht, als Andreas Leiter Reber und Co. geschlossen den Regionalrat verließen, nachdem Präsident Roberto Paccher (Lega) zuvor per Handstreich alle ihre Abänderungsanträge in den Mülleimer geworfen hatte. Das Gesetz, samt dem heiklen Artikel 3, wurde somit ausschließlich in der Präsenz der Regierungsmehrheit verabschiedet – mit 16 Ja-Stimmen aus Südtirol.

„Wenn man der Meinung ist, dass das den Haushalt zu sehr belastet, hätte man die Voraussetzungen anders schaffen müssen.“
Maria Elisabeth Rieder

Regionalrat und Grünen-Antrag: „Absolutes No-Go“

Der Aufschrei über die Streichung der Inflationsanpassung ist in Südtirol gewaltig – und das aus gutem Grund. Besonders pikant ist dabei die Tatsache, dass die Region bei den ohnehin schon geringen Hausfrauenrenten spart, während die Volksvertreter im November ihre eigenen Pensionen in einer Nacht- und Nebel-Aktion verdoppelt haben. Die Opposition steht nun in Erklärungsnot.

Maria Elisabeth Rieder und Zeno Oberkofler haben jeweils einen Abänderungsantrag zum Haushalt ausgearbeitet, um die im Sommer beschlossene Einfrierung rückgängig zu machen. Letzteren hat auch Leiter Reber mitunterzeichnet. Sie hoffen, dass bei der nächsten Sitzung des 1. und 2. Gesetzgebungsausschusses am Montag auch Teile der Regierungsmehrheit mitstimmen werden. Für die SVP sitzen dort Rosmarie Pamer, Arnold Schuler, Waltraud Deeg, Daniel Alfreider und Luis Walcher. Besonders Soziallandesrätin Pamer scheint dem Vernehmen nach große Bauchschmerzen mit der Entscheidung zu haben, die Lasten auf die Hausfrauen abzuwälzen.

Zeno Oberkofler

Maria Elisabeth Rieder

Dass deren Renten nicht mehr automatisch an die Inflation angepasst werden sollen, sei „einfach falsch“, betont auch Grünen-Politiker Oberkofler. Zwar hätten schon Kollegen des PD in der Sommersitzung mit Abänderungsanträgen versucht, die Streichung rückgängig zu machen, doch das Rententhema sei damals in der chaotischen Sitzung unter der allgemeinen Aufregung um andere Maßnahmen – etwa die Schaffung zusätzlicher Kabinettschef-Posten und die Kürzung des Quorums bei Gemeindewahlen – untergegangen.

Rieder schlägt in dieselbe Kerbe: Die Streichung der Inflationsanpassung sei ein „absolutes No-Go“, zumal die BezieherInnen eigens dafür in die Rentenkasse eingezahlt hätten. „Wenn man der Meinung ist, dass das den Haushalt zu sehr belastet, hätte man die Voraussetzungen anders schaffen müssen“, findet die Team-K-Frontfrau und fügt schmunzelnd hinzu, dass bei den Politiker-Renten ja auch niemand mit dem Argument kommt, es fehle das Geld oder die Nutznießer hätten ohnehin ein hohes Einkommen.

Warum hat sie sich dennoch der Stimme enthalten? Rieder erklärt, dass in ihren Unterlagen zwar festgehalten sei, dass sie gegen den Artikel gestimmt habe – sie könne dies aber nicht mit absoluter Gewissheit beschwören. Laut Protokoll hatte sie sich zwar kritisch geäußert („Es wird an der falschen Stelle gespart, indem man die Gelder für die Renten von Geringverdienern kürzt“), sich jedoch – genauso wie die Grüne Madeleine Rohrer – der Stimme enthalten. „Damals haben wir das Ganze vielleicht noch nicht vollständig durchschaut, da der Artikel uns kurzfristig vorgelegt wurde und die notwendigen Informationen fehlten“, gibt die Abgeordnete selbstkritisch zu. Heute würde sie diese Entscheidung so nicht mehr treffen.

Ritaglio ad uso esclusivo del destinatario, è vietata la riproduzione e la distribuzione.